

## Sitzungsniederschrift

### 15. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: <b>Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>30.01.2018</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:05 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:34 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Gossel, Arnold	CDU	
<b>Mitglieder</b>		
Bargmann, Bodo	CDU	
Constant, Franz	LtB	Vertretung für Herrn Helmut Roß
Feldmann, Julia	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Antje Harms
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Strömer, Wilhelm	FW	
<b>Grundmandat</b>		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
<b>Verwaltung</b>		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weber, Harm-Uwe		Landrat

**Nicht anwesend:****Mitglieder**

Harms, Antje	SPD
Looden, Holger	AfD
Roß, Helmut	Roß
Siebels, Wiard	SPD

<b>Tagesordnung</b>
---------------------

Öffentlicher Teil:

- |      |  |
|------|--|
| 1.   | Eröffnung der Sitzung  |
| 2.   | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit             |
| 3.   | Feststellung der Tagesordnung  |
| 4.   | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 09.01.2018      |
| 5.   | Einwohnerfragestunde   |
| 6.   | Haushaltsplanung 2018  |
| 6.1. | Fünfte Beratung des Haushaltsplanes 2018                                       |
| 6.2. | Anträge zum Haushaltsplan 2018   |
| 6.3. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018<br>Vorlage: IX/2018/014 |
| 7.   | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen   |
| 8.   | Einwohnerfragestunde   |
| 9.   | Schließung der Sitzung   |

Öffentlicher Teil:**TOP 1**      **Eröffnung der Sitzung**

**Vorsitzender Gossel** eröffnete um 15.05 Uhr die 15. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

**TOP 2**      **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Vorsitzender Gossel** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Röben nahm für die Abgeordnete Harms, Abgeordneter Jan-Adolf Looden für den Abgeordneten Holger Looden, Abgeordneter Constant für den Abgeordneten Roß und Abgeordneter Ihnen für den Abgeordneten Siebels an der Sitzung teil.

**TOP 3**      **Feststellung der Tagesordnung**

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

---

**TOP 4**      **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 09.01.2018**

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** bat darum, ihren Wortbeitrag unter TOP 7 bezüglich des Hinweises auf die Haushaltsgenehmigung des Nds. Innenministeriums um den Satz „Der investive Schuldenstand pro Einwohner liege laut Nds. Innenministerium bereits deutlich über dem Landesdurchschnitt und würde sich weiter erhöhen.“ zu ergänzen.

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Finanzausschusses vom 09.01.2018 wurde mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 1

➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 5**      **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 6**      **Haushaltsplanung 2018**

---

**TOP 6.1**      **Fünfte Beratung des Haushaltsplanes 2018**

Die Beschlussvorlage IX/2018/032 (Neuverhandlung KiTa-Vereinbarung) wurde zu Beginn der Sitzung an die Anwesenden verteilt.

**Landrat Weber** informierte über die Verhandlungen mit den Kommunen über die Förderung für die Kindertagesstätten. Die Verwaltung schlägt vor, vorbehaltlich einer verbindlichen Vereinbarung mit den kreisangehörigen Kommunen, im Haushalt ab 2018 einen Betrag in Höhe von 600.000 € bereitzustellen.

Aus dem Überschuss des Haushaltsjahres 2016 würden kurzfristig 1,1 Mio. € an die kreisangehörigen Kommunen ausgezahlt werden.

**Abgeordneter Strömer** erkundigte sich nach dem Sachstand einer rückwirkenden Erhöhung bezüglich der Pro-Kopf-Beträge.



**Frau Saathoff** erläuterte die Beschlussvorlage. Gemäß § 4 der aktuellen „Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung Förderung der Kinder in Kindertagesstätten...“. Gemäß dieser Vereinbarung stelle der Landkreis in Abhängigkeit von seinem Jahresergebnis ggf. einen zusätzlichen Betrag (entsprechend der Stufe 1 des Strukturfonds 2013) zur Durchführung dieser Aufgaben zur Verfügung. Im Jahresabschluss 2016 sei eine Rückstellung gebildet worden.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** wies darauf hin, dass es sich bei diesem Punkt um eine Thematik außerhalb der Tagesordnung handele und wollte wissen, ob überhaupt eine Beschlussempfehlung gefasst werden könne.

**Frau Saathoff** sagte, dass die Beschlussvorlage heute erst erstellt und deshalb als Tischvorlage verteilt worden sei. Die Thematik sei Bestandteil der Haushaltsberatung und könne in dem Zusammenhang beraten und auch empfohlen werden.

**Abgeordneter Meyer** machte den Vorschlag, die Beschlussvorlage im Zusammenhang mit dem Antrag des Abgeordneten Meyerholz auf Senkung der Kreisumlage zu sehen.

**Landrat Weber** wies darauf hin, dass davon auszugehen sei, dass es aufgrund der gebührenfreien Kindergartenplätze ab August zu Einsparungen bei den Transferaufwendungen komme, da das Land die Aufwendungen übernehme. Die Einsparung sei im nächsten Jahr noch höher, da die Aufwendungen dann ganzjährig entfallen würden.

Er gab zu bedenken, dass derzeit nicht über die Erstattung der Gebühren für die Kindertagespflegeplätze zwischen dem Land und den Kommunen verhandelt werde. Dieses habe zur Folge, dass für die Unterbringung in einem Tagespflegeplatz weiterhin Gebühren zu zahlen seien.

**Abgeordneter Strömer** informierte, dass er die Thematik noch in der Fraktion beraten werde.

**Abgeordneter Meyer** meinte, dass es möglich sein müsse, in der heutigen Sitzung einen Empfehlungsbeschluss zu fassen.

**Abgeordneter Bargmann** machte deutlich, dass seitens der Politik Verhandlungen gefordert worden seien. Jetzt müsse das vorläufige Ergebnis dieser Verhandlung im Haushaltsplan betragsmäßig eingeplant werden. Ein Empfehlungsbeschluss sollte heute möglich sein.

Für den **Abgeordneten Constant** waren die 600.000 € eine große Unbekannte. Er teilte mit, dass er sich der Stimme enthalten werde.

**Landrat Weber** sagte, dass es sich um ein Angebot des Landkreises an die Kommunen handele. Die endgültige Beratung mit den Kommunen stehe noch aus. Die Verhandlungen mit dem Land seien abzuwarten.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** wies darauf hin, dass eine identische Ausstattung der Kindertagesstätten und damit auch die finanzielle Unterstützung wichtig seien. Die von Frau Saathoff erwähnte Vereinbarung sei nicht im Internet zu finden.



Anmerkung der Verwaltung

Die „Vereinbarung über die Aufgabenwahrnehmung Förderung der Kinder in Kindertagesstätten und Kindertagespflege sowie über die Durchführung eines Qualitätssicherungsverfahrens (Gütesiegel) 2015“ ist der Niederschrift als Anlage 1 zu entnehmen.

**Abgeordneter Jelken** teilte mit, dass die Verhandlungen endlich zu Ende geführt werden müssten. In der nächsten Woche solle der Haushaltsbeschluss gefasst werden. Er sprach sich im Namen der CDU-Fraktion für die Zustimmung zum Beschlussvorschlag aus.

**Abgeordneter Strömer** sagte, dass er die Beschlussvorlage in der Zwischenzeit gelesen habe und sich seine Eingangsfrage bezüglich der Pro-Kopf-Beträge damit erledigt habe.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 2  
 ➔ **einstimmig beschlossen**

**TOP 6.2      Anträge zum Haushaltsplan 2018**

Zu Beginn der Sitzung wurde die Übersicht über die Anträge zum Haushaltsplan 2018 (Anlage 2) an die Anwesenden verteilt.

**Vorsitzender Gossel** wies darauf hin, dass über die einzelnen Anträge beraten werde und im Anschluss daran eine Abstimmung erfolge.

**Antrag Nr. 1**

**Antragsteller: Kreistagsabgeordneter Hans-Gerd Meyerholz**

**Inhalt: Senkung der Kreisumlage**

Die Beratung zu diesem Antrag erfolgte in der Sitzung des Finanzausschusses am 28.11.2017 und 09.01.2018.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 0      Nein-Stimmen: 9      Enthaltungen: 4  
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

**Antrag Nr. 2**

**Antragsteller: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

**Inhalt: Begrenzung der Bruttopersonalaufwendungen auf die Aufwendungen für den Stellenplan 2017 plus der tariflichen Steigerung**

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** erläuterte den Antrag. In den letzten Sitzungen sei beraten worden, dass der Stellenplan 2017 zunächst unverändert übernommen werde und Grundlage für die Personalaufwendungen 2018 sei. Die Personalaufwendungen 2018 seien im Vergleich zum letzten Jahr jedoch höher als nur die Tarif- und Besoldungssteigerungen.

**Landrat Weber** informierte, dass der Stellenplan 2017 Grundlage für die Personalaufwendungen 2018 sei. Neben den Tarif- und Besoldungserhöhungen seien die Personalaufwendungen für die im Stellenplan 2017 neu eingerichteten Stellen jetzt ganzjährig (und nicht nur für ein halbes Jahr) eingeplant.

**Frau Saathoff** teilte mit, dass im letzten Jahr ein Betrag in Höhe von 800.000 € bei den Personalaufwendungen gesperrt worden sei. Dieser Betrag sei jetzt in den Personalaufwendungen enthalten.

**Landrat Weber** wies darauf hin, dass sich der Verwaltungsvorstand darauf verständigt habe, die von den Fachämtern angemeldeten neuen Stellen (ca. 28) zunächst nicht im Stellenplan 2018 aufzunehmen. Eine Beratung hierüber erfolge ggf. im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes.

**Abgeordneter Strömer** stellte fest, dass der Mehraufwand von 2017 nach 2018 insgesamt zwei Mio. € betrage. Der Antrag der Grünen solle zur Beratung in die Fraktionen verwiesen werden.

**Abgeordneter Meyer** machte deutlich, dass über dieses Thema in den ganzen Haushaltsberatungen bereits mehrfach gesprochen worden sei und stimmte der vorgeschlagenen Verfahrensweise der Verwaltung zu.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 2      Nein-Stimmen: 11      Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich abgelehnt**

**Antrag Nr. 3**

**Antragsteller: CDU-Fraktion**

**Inhalt: Bereitstellung von 50.000 € für die Einrichtung der Hebammen-Zentrale**

**Abgeordneter Bargmann** führte zum Antrag der CDU-Fraktion aus. In der Sitzung des Sozialausschusses am 14.12.2017 sei die Angelegenheit in die Fraktionen verwiesen worden. Die CDU-Fraktion spreche sich dafür aus, einen Haushaltsansatz als eine Art Erinnerungsposten aufzunehmen, damit eine weitergehende Beratung im Sozialausschuss erfolgen könne. Er hoffe auf eine allgemeine Zustimmung des Antrages.

**Abgeordneter Strömer** signalisierte Zustimmung seitens der Freien Wähler.

**Abgeordneter Meyer** machte den Vorschlag, die Bereitstellung der Haushaltsmittel im Rahmen eines Nachtragshaushaltsplanes zu beraten.

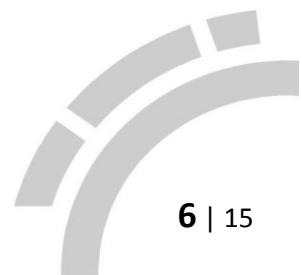
**Landrat Weber** erläuterte, dass die Strukturen sowie die Rahmenbedingungen einer Hebammenzentrale zunächst festzulegen seien.

**Abgeordnete Seelgen** meinte, die 50.000 € sollten eingeplant werden. Falls die Mittel nicht benötigt werden würden, würden sie als eingespart gelten.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 1

➔ **mehrheitlich zugestimmt**



**Antrag Nr. 4****Antragsteller: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen****Inhalt: Anpassung der Haushaltsansätze in verschiedenen Teilhaushalten des Ergebnishaushaltes****Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** erläuterte den Antrag.

**Landrat Weber** fand es gut, dass sich die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel den Haushaltsplan detailliert angesehen und anhand der vorläufigen Ergebnisse der Vorjahre einen Antrag erarbeitet habe.

**Frau Saathoff** erklärte die Vorgehensweise bei der Haushaltsplanung. Alle Ämter würden Excel-Tabellen mit ihren Kostenstellen, Kostenträgern und Sachkonten erhalten. In diesen Tabellen seien die Vorjahreswerte und die vorläufigen Rechnungsergebnisse enthalten. Alle Veränderungen (positive und negative) würden seitens der Fachämter farblich markiert und von der Finanzwirtschaft überprüft werden.

Die von der Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel vorgeschlagenen Veränderungen in den Teilhaushalten des Ergebnishaushaltes seien aus folgenden Gründen nicht möglich:

Teilhaushalt	Erläuterung
00 Verwaltungsführung	In erster Linie Reisekosten und Verfügungsmittel des Landrates
10 Innerer Dienst	Aufwendungen für Wahlen und den Betriebsarzt, Aufwendungen für Ehrenamtliche
14 Rechnungsprüfungsamt	überwiegend Reisekosten, bei Prüfungen auf den Inseln höhere Reisekosten
20 Zentrale Finanzverwaltung	Erstattungen an die Abfallwirtschaft für den übertragenen Wirkungskreis, Erstattungen an KIDO Wilhelmshaven
23 Technisches Gebäudemanagement	keine Erhöhung erforderlich, da Aufwendungen für Hausmeister im Rahmen der Renovierung des Kreishauses / Umzüge entfallen
40 Amt für Schulen und IT 41 Schulen	Schullastenausgleich, Abrechnung Aufwendungen IGS Krummhörn mit der Gemeinde Hinte
51 Amt für Kinder, Jugend und Familie	u.a. Erstattungen an andere Jugendhilfeträger, im Ergebnis 2017 fehlen über 300.000 €
53 Gesundheitsamt	Personalaufwendungen für einen Arzt, der bisher über einen Sachaufwand (Erstattung an das MVZ) dargestellt wurde; deshalb keine Erhöhung erforderlich

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** machte deutlich, dass mit den vorgeschlagenen Einsparungen beispielsweise die Anträge finanziert werden können oder dem Europa-haus die beantragten 20.000 € zur Verfügung gestellt werden können. Man könne die vorgeschlagenen Kürzungen vornehmen und ggf. im Rahmen eines Nachtragshaushaltsplanes zusätzliche Mittel wieder zur Verfügung stellen.

Sofern Haushaltsmittel eingeplant seien, die nicht benötigt würden, würden diese Beträge der politischen Entscheidung vorenthalten werden.



**Abgeordneter Jelken** gab zu bedenken, mit Reduzierungen von Haushaltsansätzen vorsichtig umzugehen. Es könne die Gefahr bestehen, dass die Ämter zukünftig „einfach“ Mittel ausgeben, da die Gefahr der Reduzierung der Haushaltsansätze bestehe.

**Landrat Weber** erläuterte in Bezug auf die Erstattungen an die Abfallwirtschaft, dass die Aufwendungen des eigenen Wirkungskreises aus Gebühren finanziert werden dürfen, die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises hingegen nicht.


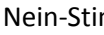
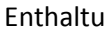

**Abgeordneter Meyerholz** vertrat die Ansicht, dass eine Kürzung der Haushaltsansätze möglich sein müsse und die von Frau Saathoff genannten Beispiele über eine überplanmäßige Aufwendung bereitgestellt werden könnten.

**Abgeordneter Strömer** stimmte den Ausführungen der Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel zu.

Auch die **Abgeordnete Seelgen** schloss sich den Ausführungen der Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel an. Ob genau die von ihr vorgeschlagenen Haushaltsansätze verändert werden können, könne sie nicht beurteilen.

**Landrat Weber** zeigte sich verwundert, dass mit der evtl. Erhöhung von Haushaltsansätzen im Rahmen einer überplanmäßigen Aufwendung / eines Nachtrages so locker umgegangen werde. Die Erfahrung zeige, dass es eher Kritik aus der Politik gebe, wenn die Verwaltung die Haushaltsansätze nicht einhalte und eine Erhöhung vorgenommen werden müsse.

#### Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 3     
  Nein-Stimmen: 9     
  Enthaltungen: 1  
 **mehrheitlich abgelehnt**

#### Antrag Nr. 5

**Antragsteller: Gruppe Freie Wähler und FDP**

**Inhalt: Gewährung des Verlustausgleiches an die UEK gGmbH mit Maßgaben/ Bedingungen**

Zu dem Antrag führte **Abgeordneter Strömer** aus. Mit dem Antrag werde die Erwartung verbunden, dass der Aufsichtsrat „beschlussfreudiger“ werde.

**Landrat Weber** wies darauf hin, dass für den Verlustausgleich des aktuellen Wirtschaftsjahres 8,6 Mio. € und nicht 10 Mio. € im Haushaltsplan 2018 eingeplant seien. Der Landkreis habe den Verlustausgleich für das aktuelle Jahr im Ergebnishaushalt eingeplant.

**Frau Saathoff** machte darauf aufmerksam, dass bei einem teilweisen Verlustausgleich zur Abwehr von insolvenzrechtlichen Problemen zu beachten sei, dass der Anteil der Beteiligung an der UEK gGmbH in der Bilanz des Landkreises nicht mehr werthaltig und somit abgeschrieben werden müsse. Dieses bedeute im Jahr der Abschreibung einen Aufwand in der Ergebnisrechnung in Höhe von ca. 4 Mio. €. Sollten weitere Mittel für personelle Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, würde der Haushalt in dieser Höhe zusätzlich belastet werden. Bei vollem Verlustausgleich werde das Eigenkapital aufrechterhalten und es sei keine Abschreibung des Beteiligungswertes erforderlich.





**Abgeordneter Strömer** korrigierte die Zahlen in dem Antrag dahingehend, dass bei einem Verlust von 8,6 Mio. € zur Vermeidung von insolvenzrechtlichen Problemen 6 Mio. € Verlustausgleich zugesichert werden sollen und die restlichen 2,6 Mio. € für personelle und strukturelle Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden sollen.

**Landrat Weber** sagte, dass der Antrag bestimmt gut gemeint sei, aus seiner Sicht sei die Umsetzung aber nicht durchführbar.

**Abgeordneter Constant** konnte dem Antrag nicht zustimmen. Die früheren Aufsichtsräte der UEK hätten zu der aktuellen finanziellen Situation beigetragen.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** sprach sich dafür aus, keinen Verlustausgleich zu gewähren, sondern über die Gewährung eines Zuschusses nachzudenken.

**Abgeordneter Meyer** meinte, dass sichergestellt werden müsse, dass die UEK weiterarbeiten könne und somit der Verlustausgleich in voller Höhe eingeplant werden solle. Dieses müsse nicht in Form einer „Ansporn Finanzierung“ erfolgen.

In dieser Zeit, in der politische Entscheidungen gefordert seien, könne sie dem Antrag nicht zustimmen, so **Abgeordnete Seelgen**.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 1      Nein-Stimmen: 10      Enthaltungen: 2

➔ **mehrheitlich abgelehnt**

**Antrag Nr. 6**

**Antragsteller: SPD-Fraktion**

**Inhalt: Gewährung einer Durchführungspauschale an die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden in Höhe von 500.000 €**

**Antrag Nr. 7**

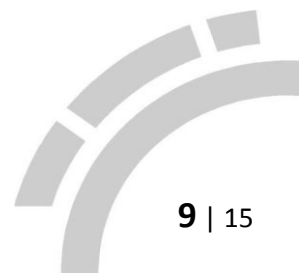
**Antragsteller: CDU-Fraktion**

**Inhalt: Einrichtung eines Sperrvermerkes für die Zuschüsse der KVHS Aurich und Norden in Höhe von jeweils 250.000 €**

Es wurde vereinbart, die Anträge Nr. 6 und 7 gemeinsam zu beraten.

**Abgeordneter Meyer** erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion. Die Begrifflichkeit Durchführungspauschale sei nicht ganz korrekt. Es gehe um die Erstattung für nicht kostendeckende Angebote der Volkshochschulen. In Bezug auf den von der CDU-Fraktion beantragten Sperrvermerk könne er sich eine Sperre für die Hälfte des Betrages vorstellen.

**Abgeordneter Bargmann** führte zum Antrag der CDU-Fraktion aus. Die Programmhefte der Kreisvolkshochschulen seien verteilt worden. Zum jetzigen Zeitpunkt könne noch nicht gesagt werden, welche Kurse einen Zuschussbedarf hätten, deshalb sei die Aufnahme eines Sperrvermerkes beantragt worden. Dieser Sperrvermerk könne bei Bedarf durch den Kreisausschuss gelöscht werden.



**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** wies darauf hin, dass es nicht nur um „Klöppeln am Dienstag und Marx lesen am Freitag“ gehe. Sie enthalte sich der Stimme, da noch eine Beratung in der Fraktion ausstehe. Grundsätzlich könne sie dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen.

**Abgeordneter Strömer** schloss sich den Ausführungen des Abgeordneten Bargmann an. Er signalisierte Zustimmung zu dem Antrag der CDU-Fraktion.

**Abgeordneter Meyerholz** fand die Aufnahme eines Sperrvermerkes nicht in Ordnung.

**Abgeordneter Constant** fragte nach, ob es richtig sei, dass zur Gewährung des Zuschusses ein einstimmiger Beschluss im Betriebsausschuss gefasst worden sei.

**Abgeordneter Jelken** sagte, dass der Beschluss so gefasst worden sei.

**Landrat Weber** wies darauf hin, dass der Betriebsausschuss nicht über die Einplanung des Zuschusses im Haushaltsplan des Landkreises entscheiden könne. Der Betriebsausschuss habe lediglich die Einplanung des Ertrages im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes beschlossen.

**Abgeordnete Seelgen** meinte, dass die Aufnahme eines Sperrvermerkes nicht förderlich sei, da die Kreisvolkshochschule Planungssicherheit benötige.

Abstimmungsergebnis zu dem Antrag der SPD-Fraktion:

⇨ Ja-Stimmen: 7      Nein-Stimmen: 4      Enthaltungen: 2  
 ➔ **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis zu dem Antrag der CDU-Fraktion:

⇨ Ja-Stimmen: 5      Nein-Stimmen: 6      Enthaltungen: 2  
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

**Abgeordneter Meyer** zog seine Ausführungen zur Sperre der Hälfte des Betrages zurück.

**Antrag Nr. 8**

**Antragsteller: CDU-Fraktion**

**Inhalt: Bereitstellung von Planungskosten in Höhe von 500.000 € für einen Neubau des Gesundheitsamtes Aurich**

**Aufforderung an den Landkreis, in Verhandlungen mit der Stadt Aurich über ein geeignetes Grundstück einzutreten**

**Antrag Nr. 9**

**Antragsteller: Gruppe Freie Wähler und FDP**

**Inhalt: Einstellung von 50.000 € für die Planung eines Neubaus des Gesundheitsamtes in Aurich**

**Abgeordneter Strömer** sprach sich für eine gemeinsame Beratung der Anträge Nr. 8 und 9 aus. Seine Gruppe habe die Planungskosten scheinbar zu niedrig angesetzt.



**Landrat Weber** teilte mit, dass die Planungskosten in Höhe von 500.000 € von der Verwaltung anhand der HOAI geschätzt worden seien. Hierbei gehe man von einem großen Gesundheitsamt mit einem Investitionsvolumen von 8 Mio. € aus. Aus seiner Sicht sei die Einplanung von Planungskosten zum jetzigen Zeitpunkt noch viel zu früh. Es stehe noch kein Grundstück zur Verfügung. Ob die Stadt Aurich das Grundstück in der Nähe der internationalen Gärten an den Landkreis Aurich verkaufe, sei noch völlig offen. Es gebe eine Liste mit mehreren Interessenten. Die Verhandlungen mit der Stadt Aurich würden vorangetrieben werden. Ohne Grundstück könne jedoch keine Planung vorgenommen werden. Der nächste Schritt solle die Besichtigung des neuen Gesundheitsamtes in Emden sowie eine Raumbedarfsplanung sein.

**Abgeordneter Jelken** informierte über die Besichtigung des Gesundheitsamtes Aurich durch die CDU-Fraktion. Es seien verschiedene Sicherheitsmängel, Mängel in der Funktionalität und der Akustik festgestellt worden. Es liege ein Investitionsstau vor und bestehe ein Handlungsbedarf. Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass im Haushaltsplan 2018 ein Haushaltsansatz verfügbar sein sollte, um bei einem eventuellen Kauf eines Grundstückes handlungsfähig zu sein.

**Vorsitzender Gossel** sagte, dass im Rat der Stadt Aurich über die Nutzung der Fläche bei den internationalen Gärten diskutiert werde.

**Abgeordnete Kleen** hielt es für verfrüht, jetzt schon Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Zunächst seien konkrete Planungen erforderlich.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** zeigte sich überrascht über den Investitionsstau. Sie stellte die Frage, was investiert werden müsse. Alle wüssten von dem Investitionsstau. Ihr sei darüber nichts bekannt.

**Landrat Weber** führte aus, dass bei der Überprüfung der Bauunterhaltung vom Technischen Gebäudemanagement festgestellt worden sei, dass das Gebäude aus den 60er-Jahren grundsätzlich nicht mehr heutigen Standards entspreche und entsprechend investiert werden müsse.

**Abgeordneter Strömer** sprach sich dafür aus, die Planungskosten im Haushalt einzuplanen. Zurzeit seien die Zinsen für Kredite noch niedrig.

**Abgeordneter Röben** teilte mit, dass im Bauausschuss der Stadt eine Übersicht gefordert worden sei, aus der hervorgehe, was man mit dem Grundstück bei den internationalen Gärten machen könne.

**Landrat Weber** sagte, dass der Landkreis der Stadt Aurich bereits einen Grundstückstausch angeboten habe. Der Landkreis habe der Stadt das Grundstück beim Großen Sett angeboten.

Er bezeichnete es als eine historische Stunde, dass die CDU-Fraktion Mehrausgaben für den Haushalt beantrage. Er bat um etwas Zeit für die Erstellung einer konkreten Planung.

**Abgeordneter Looden** gab zu bedenken, dass die Zeit für eine Beschlussfassung evtl. nicht mehr gegeben sei, wenn auch privates Interesse an dem Grundstück bestehe.

**Abgeordneter Meyer** meinte, dass bei erfolgreichen Verhandlungen mit der Stadt Aurich ausreichend Zeit vorhanden sein müsste, um Planungskosten einzustellen.



**Abgeordneter Bargmann** sprach sich dafür aus, gegenüber der Stadt ein Signal zu setzen und Haushaltsmittel einzuplanen. Falls es mit dem Grundstück bei den internationalen Gärten nicht klappen sollte, gebe es evtl. ein anderes Grundstück.

**Abgeordneter Constant** hielt die Diskussion für überflüssig. Er habe heute das erste Mal von der Thematik gehört. Bevor über ein Grundstück verhandelt werde, müsse der Bedarf ermittelt werden und der Bestand des Gebäudes überprüft werden. Landrat Weber habe in der heutigen Sitzung darauf hingewiesen, dass die Verwaltung die Angelegenheit prüfe.

**Abgeordnete Seelgen** fragte nach, ob es bereits einen Beschluss gebe, das Gesundheitsamt neu zu bauen. Aus ihrer Sicht sei es zum jetzigen Zeitpunkt zu früh, um Planungskosten einzustellen.

**Abgeordneter Meyerholz** erkundigte sich im Zusammenhang mit der Prioritätenliste zur baulichen Unterhaltung der Gebäude, ob die dort aufgeführten Maßnahmen bereits umgesetzt worden seien.

**Landrat Weber** antwortete, dass die Maßnahmen umgesetzt worden seien.

**Abgeordneter Bargmann** ergänzte den Antrag Nr. 8 dahingehend, dass die Haushaltsmittel nicht nur für die Planungskosten, sondern auch für den Grunderwerb eingestellt werden sollen.

#### Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 5      Nein-Stimmen: 8      Enthaltungen: 0  
 ⇒ **mehrheitlich abgelehnt**

#### Antrag Nr. 10

**Antragsteller: Gruppe Freie Wähler und FDP**

**Inhalt:**

- 1. Erstellung einer Prioritätenliste über den Reparaturbedarf / Sanierungsbedarf von Kreisstraßen und Radwegen einschließlich des dafür erforderlichen Kostenbedarfs**
- 2. Festlegung der Reihenfolge der reparatur-/sanierungsbedürftigen Kreisstraßen durch den Ausschuss für Kreisentwicklung in einer Dringlichkeitsliste sowie Festlegung der haushaltsmäßigen Abwicklung**
- 3. Einstellung zusätzlicher Haushaltsmittel in Höhe von einer Million Euro mit der Einrichtung eines Sperrvermerkes**

**Abgeordneter Strömer** erläuterte den Antrag der Gruppe Freie Wähler und FDP.

**Landrat Weber** wies darauf hin, dass die Zuschüsse vom Land nach dem Entflechtungsgesetz für die Verbesserung von Verkehrsverhältnissen vorgesehen seien. Wenn der Landkreis Fördermittel generieren könne, würden die Radwege auch gebaut werden. Im Haushaltsplan 2018 seien 300.000 € für den Neubau von Radwegen enthalten. Für die Erneuerung von Kreisstraßen seien im Haushaltsplan 2018 insgesamt 2 Mio. € eingeplant (500.000 € im Ergebnishaushalt, 1,5 Mio. € im Finanzhaushalt). Der Zustand der Kreisstraßen habe sich in den letzten Jahren verbessert. Die Verwaltung sehe zurzeit keine dringende Notwendigkeit bzw. Möglichkeit, weitere Haushaltsmittel einzustellen.



**Landrat Weber** informierte, dass in den letzten fünf Jahren die verwaltungsinterne Prioritätenliste im Kreisentwicklungsausschuss vorgestellt worden sei. Das 100-km-Radwegeprogramm sei bald abgeschlossen und solle sogar erweitert werden.

**Frau Saathoff** ergänzte, dass eine gewisse Flexibilität erforderlich sei, um entsprechend auf die Auswirkungen des Winters reagieren zu können.

**Abgeordneter Looden** wies darauf hin, dass die Landesstraßen vergessen werden würden (Beispiel: L 14).

**Landrat Weber** sagte, dass er diesbezüglich kürzlich bereits mit Herrn Buchholz, Leiter der Landesstraßenbaubehörde Aurich, gesprochen habe.

**Abgeordneter Strömer** änderte den Antrag der Gruppe dahingehend ab, dass eine Verweisung an den Kreisentwicklungsausschuss erfolgen solle.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
 ➔ **mehrheitlich zugestimmt**

#### **Antrag Nr. 11**

**Antragsteller: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

**Inhalt: Benennung der strategischen Ziele ab dem Haushaltsjahr 2018 im Vorbericht**

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** erläuterte ausführlich den Antrag. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen habe im Jahr 2016 bereits einen ähnlichen Antrag gestellt.

**Landrat Weber** sagte, dass sich die Politik über strategische Ziele verständigen müsse. Für dieses Jahr sei es zeitlich schwierig, da in der nächsten Woche der Haushalt beschlossen werden solle. Denkbar sei eine Erarbeitung für das nächste Jahr.

**Frau Saathoff** erklärte, dass es sich bei den im Haushaltsplan enthaltenen Zielen um operative Ziele handle. Strategische Ziele seien grundsätzlich in einer Zielvereinbarung zwischen Politik und Verwaltung festzulegen. Hieraus seien dann die operativen Ziele (Produktebene) abzuleiten. Damit für das Haushaltsjahr 2019 entsprechende Ziele vorhanden seien, müsse frühzeitig mit der Beratung begonnen werden. Sobald eine Festlegung erfolgt sei, könne auch eine Aufnahme im Vorbericht erfolgen. Sie habe bereits mehrfach darauf hingewiesen, das Thema in den Fachausschüssen zu besprechen.

Zu den wesentlichen Produkten werde die Zielerreichung im Jahresabschluss erläutert.

**Abgeordneter Jelken** teilte für die CDU-Fraktion mit, dass sie den Antrag heute ablehnen und eine Verweisung in die Fraktionen vorschlagen würden. Die Verwaltung könne die Thematik vorbereiten und evtl. verschiedene Fachausschüsse beteiligen.

**Abgeordnete Feldmann** fand den Antrag gut. Sinnvoll sei eine Verweisung in die Fraktionen oder eine Beratung in einer Arbeitsgruppe.



**Abgeordneter Strömer** schloss sich den Ausführungen der Vorredner an und sprach sich für eine Verweisung in die Fraktionen aus.

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** sagte, dass es besser wäre, wenn jemand einen Änderungsantrag stelle. In der Vergangenheit sei bei einer Verweisung in die Fraktionen nichts passiert.

**Abgeordneter Meyerholz** stellte den Änderungsantrag, die strategischen Ziele ab 2019 im Vorbericht des Haushaltsplanes aufzunehmen und die Thematik zum nächstmöglichen Zeitpunkt in den Fachausschüssen zu beraten.

**Abgeordneter Constant** war von 17.22 bis 17.25 Uhr nicht anwesend und hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 1  
 ➔ **mehrheitlich zugestimmt**

---

**TOP 6.3**      **Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018**  
**Vorlage: IX/2018/014**

**Abgeordneter Bargmann** beantragte, den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung zur Beratung an die Fraktionen zu verweisen und in der Kreistagssitzung in der nächsten Woche über den Haushalt zu entscheiden.

**Abgeordneter Strömer** stimmte einer Verweisung in die Fraktionen zu.

**Abgeordneter Jelken** verließ den Sitzungsraum um 17.27 Uhr.

**Frau Saathoff** verwies auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Übersicht der wesentlichen Produkte (Anlage 3) sowie der Haushaltssatzung (Anlage 4).

Auf Nachfrage von Frau Saathoff, ob die heute empfohlenen Anträge in die Haushaltssatzung eingearbeitet werden sollen, wurde Zustimmung von den Anwesenden erteilt.

**Frau Saathoff** sagte, dass alle Anträge in der Sitzung des Kreistages am 07.02.2018 behandelt werden würden.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite in § 4 der Haushaltssatzung sei auf 40 Mio. € reduziert worden. Der Vorbericht werde diesbezüglich noch angepasst.

Außerdem sei der § 8 neu in die Haushaltssatzung eingefügt worden. Der § 12 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung sei dahingehend geändert worden, dass bei Investitionen oberhalb einer von der Kommune festgelegten Wertgrenze ein Wirtschaftlichkeitsvergleich erforderlich sei. Die Verwaltung schlage vor, diese Wertgrenze bei 1 % der Erträge des Ergebnishaushaltes festzulegen.



Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss / Kreistag verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

---

## **TOP 7      Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

### ***Sitzungen des Finanzausschusses***

**Frau Saathoff** informierte, dass am 20.02.2018 eine Sitzung des Finanzausschusses zur Vorstellung des Jahresabschlusses 2012 einschließlich Prüfungsbericht stattfindet. Im zweiten Quartal sei für den 24.05.2018 eine Sitzung des Finanzausschusses geplant.

### ***Fortbestand der Förderschulen***

**Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel** bat im Zusammenhang mit der in der gestrigen Sitzung des Schulausschusses beschlossenen Fortführung der Förderschulen in Großheide und Moordorf zu überlegen, ob sich der Landkreis die Fortführung dieser Förderschulen finanziell überhaupt leisten könne. Die Fraktionen sollten sich hierzu Gedanken machen.

### ***Sitzung des Kreistages am 07. Februar 2018***

**Abgeordneter Looden** erkundigte sich, warum die Beschlussvorlagen zu der Sitzung des Kreistages am 07. Februar 2018 noch nicht in Session hinterlegt seien.

**Landrat Weber** sagte, dass die Beschlussvorlagen zeitnah in dem Programm eingestellt werden.

---

## **TOP 8      Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

## **TOP 9      Schließung der Sitzung**

**Vorsitzender Gossel** schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 17.34 Uhr.

---

\_\_\_\_\_  
gez. Gossel  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
gez. Hanekamp  
Protokollführerin